

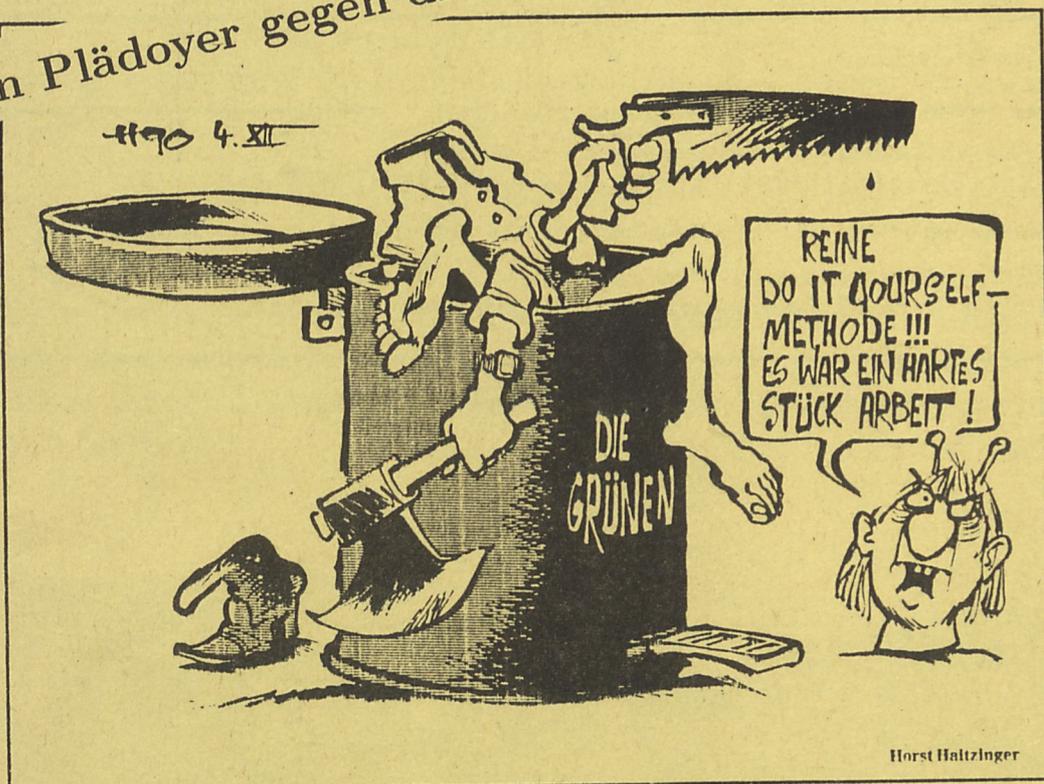
HOCH Druck

Nr. 8

19.12.90

Herausgegeben von der StudentInnenschaft der TH Darmstadt

Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel



Verfassungsrechtliche Aspekte zur Sperrklausel

2.504.397 Wähler haben keine Stimme

Alles wie gehabt ?

Kommentar zur Bundestagswahl

Vorwort	
... frohe Weihnachten und einen guten Rutsch (ins neue Jahr – nicht mit dem Auto)	3
Politik	
Alles wie gehabt? – Der Kommentar zum Ausgang der Bundestagswahl	4
2.504.397 Wähler haben keine Stimme – Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel	10
Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel: Verfassungsrechtliche Aspekte	13
Gesellschaft	
„Hippokratischer Eid“ für die Informationstechnologie?	5
TH-intern	
Nächtliche Schließung des alten Hauptgebäudes auf jeden Fall – was tun?	6
StuPa – mal wieder turbulent	16
Eine Information des Wahlausschusses: HOCHSCHULWAHLEN	17
Buchbesprechung	
Petra Juling: „Haushalt ohne Gift“	8
Werner Rabe: „Die Erde im Fieber – Die Folgen von Ozonloch und Treibhauseffekt“	9
Ökologie	
Einstieg in die Vollwerternährung	18
Veranstaltungen	
Blutspenden – Selbstverständlichkeit? Blutspendeaktion an der TH	22
Schloßkellerprogramm für Januar	26
Das aktuelle Bildungsangebot an der TH: Veranstaltungen von Initiativen, Gruppen – Ringvorlesung	27
Regelmäßige Termine	28
Podiumsdiskussion zur StuPa-Wahl mit VertreterInnen der antretenden Gruppen	28
Wohnen	
Die Wohnmisere – die Lage ist dramatisch aber nicht hoffnungslos	23

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. AStA der THD
 Auflage: 2000 Stück
 Redaktion: Uli Franke, Volker Löffelmann
 Monika Zickwolff
 Erscheint: Alle zwei Wochen im Semester
 Druck: AStA Druckerei

Nächstes
Fachschaften-plenum
 am Mittwoch, 19.12.
 um 18 Uhr im AStA

Nächste **StuPa-Sitzung**
 am Mittwoch, den 16. Januar 91
 um 20 Uhr im alten Hauptgeb. Raum 23

Trotz Weihnachtsrummel und diversen Weihnachtsfeiern (sollten in dieser Ausgabe besonders viele Tippfehler sein, so liegt das vielleicht an der gestrigen Weihnachtsfeier des AStA's...) können wir Euch wieder einmal in einem neuen HochDruck begrüßen. Da Ihr ja jetzt über die Weihnachtsferien viel Zeit zum Lesen habt, denken wir, daß Ihr auch einen schweren Brocken verdauen könnt: Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel, die den GRÜNEN(West) bei den letzten Bundestagswahlen zum Verhängnis wurde. Vielleicht laßt Ihr Euch von dem einen oder anderen Gedanken anregen. Dann geht's gleich hoch her, beim Gerangel um die nächtliche Schließung des alten Hauptgebäudes. Macht Euch selbst ein Bild von den Argumenten der TH Verwaltung. Nicht nur für Gesundheitsbewußte haben wir diesmal die Fortsetzung der Reihe über Vollwerternährung mit vielen guten Tips; hoffentlich wird Euch nach dem Lesen nicht schlecht vom letzten Menssaessen...

Natürlich gibt's auch einen Bericht von der letzten StuPa-Sitzung, in der einiges los war und – wegen Auszug einiger Ermüdeten – unser Haushalt auf die nächste Sitzung verschoben werden mußte. Und weil wir gerade vom StuPa reden, da war doch was Anfang nächsten Jahres, was war das bloß, da gibt es am 17.Januar sogar eine Podiumsdiskussion dazu, also wir kommen doch nicht drauf, wißt Ihr es noch? ACH JA!

!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!WAHLEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Und wer geht da hin? Na ALLE, Du und ich und wir und und und...
Natürlich wünschen wir Euch ein frohes Weinachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, auf daß wir Euch alle bei der Wahl wiedersehen. Vielleicht ist uns nach langer Durststrecke 'mal wieder ein weißes Weihnachten vergönnt.
Tschüß bis 1991

Eure HochDruck-Mitarbeiter



Alles wie gehabt ?

Nun sind schon zwei Wochen seit der langweiligsten Bundestagswahl aller Zeiten vergangen. Der Wahlausgang kam - fast - so wie erwartet. Folgerichtig ging der Übergang in den Alltag sehr schnell und es scheint, als wenn gar keine Bundestagswahl gewesen wäre.

Die Wechselwähler hatten es bei der Stimmabgabe am 2.12.90 wirklich sehr schwer. Wer sich normalerweise nach der Person der Spitzenkandidaten richtete, war verloren. Denn wer sollte schon das kleinere Übel von Helmut Kohl oder Oskar Lafontaine sein? Wahrscheinlich resultierte auch aus diesem wahrlich mageren Angebot die niedrige Wahlbeteiligung von unter 78%.

Die Zufriedenheit in den Reihen der Unionsparteien überrascht den unabhängigen Beobachter nun aber doch. Da wird der Kohl-Regierung von vielen Seiten lautstark Respekt für ihre Leistungen gezollt und die CDU/CSU landet auf lumpigen 43,8%. In den alten Bundesländern konnte sie ihren Stimmenanteil gerade noch halten, während die Unionsparteien zwischen Rostock und Suhl immerhin 6,8% (ohne Berlin) gegenüber der Volkskammerwahl im Frühjahr verloren haben. In Anbetracht der Vorteile der Union, die in diesem ach so schicksalhaften Jahr an der Regierung war, ist ihr Wahlergebnis eigentlich eine Schlappe. Offensichtlich ist die "Friede, Freude, Eierkuchen"-Politik doch nicht bei besonders vielen Wählern begrüßt worden. Erfreulich sind aus der Sicht gemäßigter Wähler die Verluste der Republikaner und der CSU (-3,2%).

Die SPD hat in überraschend kurzer Zeit ihre Wunden gelect und strebt neuen Ufern entgegen. Oskar Lafontaine, der vor kurzem noch der sozialdemokratische Hoffnungsträger für die Neunziger Jahre war, ist schon in der Versenkung verschwunden. Er wird wohl kaum wiederkommen, nachdem er ein ganzes Jahr lang potentielle SPD-Wähler vergrault hat. Die Sozialdemokraten haben nun endlich eine Person gefunden, die nicht polarisiert. Björn Engholm ist zweifellos die beste Wahl für die neue Parteispitze. Die SPD kann froh über die Absage des Saarländer sein. Lafontaine steht als Symbol für den Kurs, den die SPD nicht gehen kann. Nur mit Engholm hat die SPD eine Chance langfristig wieder um Regierungsmandate mitzureden. Er wird jedoch gut daran tun, viele programmatische Ansätze der "Fortschritt 90"-Gruppe um Lafontaine zu übernehmen. Jedenfalls deutet der Abgang von Oskar-Fan Anke Fuchs darauf hin, daß Engholm sich aus dem Südwesten nicht in die Suppe spucken läßt.

Das Wahldebakel der Grünen könnte ihnen den entscheidenden Impuls geben, auf den "richtigen" Weg zu kommen. Nach dem ersten Schrei ("Das haben sie nun wirklich nicht verdient!") stellt sich die Erkenntnis ein, daß die Grünen nun die Chance haben noch in den Neunziger Jahren Regierungsverantwortung auf Bundesebene mit zu übernehmen. Die Wandlung der Grünen von einer Öko- und Friedensbewegung zu einer "Partei der (linken) Randgruppen" war fatal. Dadurch haben sie alle konservativen Umweltschützer verloren. Denn wer heute grün wählt, der wählt nicht nur Umweltschutz, sondern auch die Abschaffung des 218, die Duldung von gewalttätigen Hausbesetzern, etc.. Dieses Sammelsurium umstrittener Programmpunkte hat die Grünen mehr Wähler gekostet, als ihr Rotationsprinzip, welches zur Zeit

Nächste
Redaktionssitzung des
HochDrucks
am Donnerstag, den 10.1.91
um 18 Uhr im AStA

viele prominente Grüne für den Mißerfolg verantwortlich machen. Die Grünen sind in den letzten Jahren zu der Partei geworden, deren Meinung am leichtesten vorherzusehen war: immer contra der Mehrheit, egal worum es geht! Falls ihnen die Rückkehr zu ihren Wurzeln gelingt, dann werden sie in Zukunft wieder Chancen haben. Die übrigen Parteien haben nämlich trotz aller Lippenbekenntnisse den Umweltschutz noch lange nicht auf ihre Fahnen geschrieben.

Der einzige Wahlsieger war die FDP. Sie profitierte nicht nur vom Dauer-Spitzenreiter der Beliebtheitsumfragen Genscher, sondern auch vom "Kohl/Lafontaine"-Malus.

Die abschreckende Wirkung beider Spitzenkandidaten auf die Wähler hatte zur Folge, daß die FDP für viele als das kleinste Übel galt. Der Vorsitzende Lambsdorff interpretiert das Wahlergebnis jedoch sicherlich falsch, wenn er es auf seine Idee des Niedrigsteuergbietes im Osten zurückführt. Vielmehr sollte die FDP ihren gestiegenen Einfluß in Bonn vor allem in "liberaler" Hinsicht geltend machen. Nicht immer werden sich die Wähler ihr so zahlreich zuwenden, wenn sie nur "Korrektiv der Union" sein will. Langfristig kann sie nur als "liberale" Partei (insbesondere in der Innen- und Sozialpolitik) bestehen, nicht aber als "Wirtschaftspartei".

(v1)

„Hippokratischer Eid“ für der Informationstechnologie?

Am 29. November hielt im Audimax Frau Prof. Dr. Christiane Floyd (TU Berlin) einen Vortrag unter dem Titel „Kritische Informations-Technologie“. Sie befaßte sich allgemein mit dem Begriff der Gestaltung und der damit verbundenen Probleme der Wertfreiheit von Wissenschaft. Aus Ihrer Forderung heraus, Ethik selbst zu gestalten, entwickelte sie folgende „Leitsätze“ für die Informationstechnologie, die wegen ihrer treffenden Einfachheit begeistern und deshalb an dieser Stelle genannt werden sollen:

Leitsätze für die Informationstechnologie

Wir wollen

- ein menschliches Maß einhalten,
- den Menschen über die Maschine setzen,
- die Gemeinschaft zwischen Menschen fördern,
- verantwortliches Handeln ermöglichen,
- das Leben erhalten,
- unsere Körperlichkeit anerkennen,
- die Entfaltung von Kompetenz unterstützen,
- einlösbare Versprechungen machen,
- die Autonomie anderer achten,
- persönlichkeitsfördernde Arbeit zulassen.

Wir sollten uns ernsthaft von diesen Forderungen anregen lassen, über eine Art „Hippokratischer Eid“ für die Informationstechnologie nachzudenken.

(wi/mz)

Nächtliche Schließung des alten Hauptgebäudes auf jeden Fall – was tun?

Vor ein paar Wochen hörten wir zum erstenmal davon: das alte Hauptgebäude, das bisher Tag und Nacht öffentlich zugänglich war, soll in Kürze ab 23 Uhr und am Wochenende geschlossen werden, d.h. es darf zwar noch jemand hinaus, aber nicht mehr hinein. Dann ging das Gerücht um, daß die Pförtner schon angewiesen wurden, die geplante Schließung entsprechend vorzunehmen. Zwischenzeitlich beschwerte sich der AStA, die Fachschaft Physik und Maschinenbau (und sicher noch weitere Gruppen) bei der TH Verwaltung: eine solche Restriktion nicht nur in einem unhaltbaren Stil – ohne die Betroffenen auch nur zu informieren – sondern auch ohne stichhaltige Begründung einzuleiten, kann nicht hingenommen werden.

Betroffene Studenten sprachen mit der Hochschulverwaltung

So marschierten denn einige Betroffene angesichts der drohenden Maßnahme am Mittwoch, den 29.11., ins Verwaltungsgebäude, wo sie von den Verantwortlichen beruhigt wurden. Man habe noch keinerlei Anweisung an die Pförtner gegeben, natürlich werde man erst mit den Betroffenen sprechen. Es sei einiges durch Krankheit und falsche Information diesbezüglich schiefgelaufen. Vorerst beruhigt, versprach man uns, ein Treffen mit allen beteiligten Gruppen zu arrangieren. So erreichte den AStA am Montag, den 3.12., ein Brief vom Kanzler Dr. Seidler, der uns „zur Vorbereitung seiner Entscheidung“ zu einem Gespräch am Donnerstag, den 6.12., ins Verwaltungsgebäude einlud. Auf unseren Vorschlag, den so kurzfristigen Termin doch zu verschieben, wurde nicht eingegangen.

Also fanden sich am besagten Donnerstag an die 20 Studentinnen und Studenten ein, die

jeweils verschiedene Gruppen bzw. Organisationen vertraten. Sichtlich überrascht von der Anzahl der Besucher begrüßte uns Herr Seidel und Frau Bauerfeind-Roßmann. Kanzler Dr. Seidler kam erst nach einer halben Stunde dazu. Zunächst bekamen wir einen Vortrag, warum die Schließung erforderlich ist:

„Aggressive Penner“ hätten sich in der „Szene breit gemacht“

Bei der TH-Verwaltung häuften sich zunehmend Beschwerden über die „desolate Verfassung“ des alten Hauptgebäudes. Zunehmend „aggressive Penner“, die man sonst eigentlich duldet, hätten sich in der „Szene breit gemacht“ und würden nicht nur die Toiletten stark verschmutzen (was sie sonst noch verschmutzen blieb uns verborgen). Die Hochschulverwaltung möchte nun das gesamte Gebäude, Etage für Etage, ab nächstes Jahr gründlich renovieren, mit den Toiletten habe man schon begonnen. Die Personen im 11er Bau, die sich beschwerten (wer genau wurde nicht gesagt) versicherten, daß die Renovierung sich nur lohne, „wenn die extensive Nutzung ausbleibe“ (auf unsere Frage: extensiv = nächtlich und am Wochenende.) Da die Renovierung ja sehr viel Geld koste, müsse man also das Hauptgebäude ab einer gewissen nächtlichen Uhrzeit und am Wochenende schließen. Gleichzeitig wolle man aber „berechtigte Nutzer“ nicht ganz ausschließen.

Bald wurde uns Sinn und Zweck dieses Gesprächs klar. Es sollte nicht um die Position diskutiert werden, ob eine Schließung erfolgt oder nicht, sondern es sollte nur klargestellt werden, wer denn berechtigter Nutzer sei. Wie man diese Nutzer dann einlassen werde, war auch nicht Bestandteil der Diskussion, darüber denkt die TH Verwaltung noch nach. Vorstellen tut man sich z.B. eine Regelung, bei der die Tür abgeschlossen ist und der Pförtner die Berechtigten nach Klingeln

einläßt. Zwei sehr feste Standpunkte wurden schnell klar, die auch der sehr entgegenkommende Herr Seidel nicht ändern konnte:

- Egal was kommt, die Tür wird nachts geschlossen (das Wochenende sei angeblich noch nicht geklärt, hier widersprach man sich)
- auf jeden Fall sind nicht alle Studenten und Studentinnen berechtigt, das wäre nicht kontrollierbar

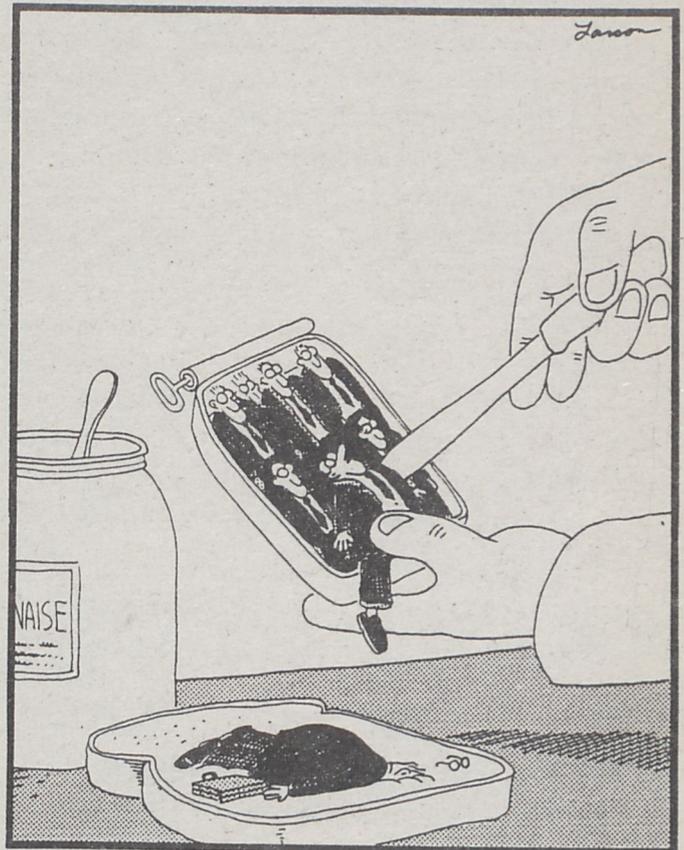
Aha! Unter diesem Aspekt erscheint das Obdachlosenargument allerdings vorgeschoben. Denn was verschmutzen diese wenigen, was nicht auch im allgemeinen Betrieb geschieht? Man will das alte Hauptgebäude also „kontrollierbar“ machen. Es scheint, als ob die bestehende Freiheit (der Studentenschaft) der Hochschulverwaltung schon lange ein Dorn im Auge ist.

Zurück zum Gespräch, das alles in allem kein Disput sondern eher eine Anhörung bzw. eine Faktensammlung war. Und Fakten hatten wir genug zu liefern. Wer ist also berechtigter Nutzer?

- Fachschaft Bauingenieurwesen und Fb 3: Fachschaftsräume sind im 11er Gebäude
- Fachbereich Maschinenbau: ca. 400 Student/innen müssen im 11er Gebäude an die Zeichntische
- Fachbereich 1: ca. 200 angehende Wirtschaftsingenieure müssen ebenfalls zeichnen
- AStA: hat seine Räume im 11er Gebäude und arbeitet des öfteren auch nachts. Insbesondere sollten die AStA-Kopierer am Wochenende zugänglich sein, dem auch zugestimmt wurde!
- Druckerei des AStA's: ebenfalls im 11er Gebäude, arbeitet besonders nachts und will am Wochenende auch Besuch empfangen können ??
- TAT: arbeitet im AStA und hat auch am Wochenende Veranstaltungen

Es ist zwar richtig, daß auch dieser Hochdruck in einer Wochenendschicht entstand, aber eigentlich muß sowas nicht sein, und auf Besuche außerhalb der "normalen" Arbeitszeit verzichten wir sowieso gerne! Der Drucker

- JUSO-Hochschulgruppe: hat ihren Raum im 11er Gebäude
- und dann noch die nicht vertretenden Gruppen, die auch das 11er-Gebäude zu besagten Zeiten nutzen: Hochschulorchester, Theater AG, Türkisch demokratischer Studentenverein, islamischer Studentenverein, AIESEC, Pink & Purple...



Wir sind mal gespannt, wie die Hochschulverwaltung soviel berechnigte Nutzer von den „Unberechtigten“ trennen will und wie die Regelung am Wochenende aussehen wird. Auf jeden Fall versicherte man uns, daß die studentischen Aktivitäten, insbesondere die Veranstaltungen am Wochenende auf keinen Fall behindern werden sollen, aber ab einer gewissen Uhrzeit darf eben nicht Hinz und Kunz hereinkommen. Aber was aus den Kopierern wird, konnte keiner genau sagen.

Gespannt darauf, wie diese Versprechungen realisiert werden sollen, sei noch auf ein

unnötiges und billiges Argument hingewiesen, das die Hochschulverwaltung anbrachte: und zwar der Vergleich mit anderen Hochschulen, denn so etwas gäbe es nirgends, daß ein Gebäude nachts offen zugänglich wäre, nach dem Motto: wir sollten doch froh sein. Es ist durchaus keine noble Tat, wenn man bestehende – und wirklich lobenswerte – Freiheiten einschränkt und sich dann auch noch studentenfreundlich vorkommt.

Weiterhin war es schon ein wenig sonderbar, daß zu diesem Gespräch nicht alle Beteiligten, also z.B. auch die betroffenen Professoren oder die Beschwerdeführer eingeladen wurden. Hatte man Angst, daß wir deren Argumente entkräften könnten?

Wir hoffen, daß noch einmal eine Diskus-

sion mit allen Beteiligten zustande kommt und die Versprechungen der Verwaltung auch eingelöst werden.

Zum Abschluß möchte ich noch bemerken, daß dieser Bericht natürlich nicht objektiv ist, auch nicht sein kann, denn ich bin ja auch Studentin. Mancher, der dabei war oder betroffen ist, sieht es noch schärfer, mancher denkt, was regen die sich auf; wichtig war mir, daß möglichst viele von Euch mal darüber nachdenken, ob hier nicht die TH Verwaltung mit vorgeschobenen Argumenten die Freiheit der Studentenschaft wieder ein kleines Stückchen einengt. Was wird uns wohl als nächstes erwarten?

Monika Zickwolff

Neue Bücher zum Thema Umwelt, gelesen vom TAT:

Petra Juling: „Haushalt ohne Gift“

Was ist „Gift“? Eigentlich hätte sich die Autorin zuerst einmal diese Frage stellen müssen, doch sie geht lieber gleich ans „Eingemachte“. Das hat den Vorteil, daß ihr Buch weniger von trockenen Definitionen als lebendigen Erfahrungen aus der eigenen Praxis gefüllt ist. Dem Leser wird vielmehr durch mannigfaltige Anregungen zu eigenen Erfahrungen verholfen – z.B. zur Herstellung eines schmackhaften Kräuteressigs aus altem Wein und Selbstgeplücktem.

Dabei werden Variationen von Schwierigkeitsgrad und Zeitaufwand geboten, sowie der eigenen Phantasie viel Raum gelassen. In dem Buch wird auch keine heile Welt vorgegaukelt: Es finden sich z.B. ausführliche und nützliche Hinweise zur Qualitätsauswahl von Ölen und Fetten (PER-Skandal), sowie ein ganzes Kapitel über Konservierungsstoffe (von E 260 = Essigsäure bis ...). Auch Ho-

nig als „Zuckerersatz“ wird kritisch beleuchtet: Im Übermaß ist er ebenso schädlich und klebt genauso an den Zähnen wie die Raffinadeprodukte. Gut ist auch die Warnung vor zwar ungewachsenen, aber dennoch pestizidbehandelten Früchten und der Verweis auf die Arbeit im biologischen Landbau.

Interessante und auflockernde Einschübe ergeben sich durch die Zitate von Henriette Davidis, einer mit allen Wassern gewaschenen (Haus-)Frau des 19. Jahrhunderts. Weiterhin wird auch kultureller und geschichtlicher Hintergrund geboten, z.B. zum Teeanbau.

Es ist also ein gut lesbares und praktisches Buch zugleich, vor allem auch Hilfe zur Selbsthilfe. Zudem kann so manches Rezept auch von Kindern ausgeführt oder zumindest durch Beobachtung gut nachvollzogen werden – eine Hilfe auch für Eltern, die zusammen mit ihren Kindern etwas über Lebensprozesse lernen wollen.

Andreas Herbert

Werner Rabe: „Die Erde im Fieber – Die Folgen von Ozonloch und Treibhauseffekt“

Das Buch ist vom Autor als Einführung in die Thematik „Treibhauseffekt“ gedacht. Es soll für den Laien leicht verständlich und gut nachvollziehbar sein. Der Autor – Werner Rabe – ist Diplom Meteorologe und eröffnet sein Buch mit einem allgemeinen Einführungsteil über das Ozonloch, den man als Zeitungsleser getrost übergehen kann. Weitaus lohnender ist der nachfolgende Teil, in dem Rabe in gewöhnlichem Plauderton einen Abriss zur Klimageschichte der letzten 200 Millionen Jahre gibt. Vom Wechsel von Wärme- und Kälteperioden und vom Untergang der Dinosaurier ist hier die Rede. Auch das Thema CO_2 wird hier schon angesprochen. Zu bemängeln ist allerdings das Fehlen einer gewissen Struktur im chronologischen Ablauf. So kommt es, daß der Autor vom Mittelalter in die Urzeit springt und von dort wieder in die neuere Erdgeschichte. Dadurch kommt es leicht zu Verwechslungen und Mißverständnissen. Nach einem kurzen, sehr allgemein gehaltenen Kapitel zum Thema CO_2 und Spurengase, geht Rabe auf die Schadstoffe im einzelnen ein. Er beschreibt hier vor allem die derzeitige Konzentration, Herkunft der Gase und ihren Anteil am Treibhauseffekt. Auf eine Beschreibung der genauen Wirkung der einzelnen Stoffe wird jedoch verzichtet, wohl auch deshalb, weil viele Einzelheiten darüber noch unbekannt sind.

Der Rest des Buches befaßt sich mit den möglichen Auswirkungen des Treibhauseffekts. Hier ist Rabe sehr stark auf Spekulationen angewiesen, was ihm auch wohl bewußt ist. Er wird daher auch nicht müde, zu wiederholen, daß es für wirksame Maßnahmen gegen die schädlichen Folgen des Treibhauseffekts bereits zu spät ist, wenn man erst wartet, bis stichhaltige Beweise vorliegen.

Alternativen, die zur Verhinderung einer Klimakatastrophe beitragen können werden am Schluß des Buches kurz angedeutet.

Werner Rabe ist es mit diesem Buch durchaus gelungen eine Einführung zum Thema Treibhauseffekt zu schreiben. Er macht deutlich, welche Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Gegenmaßnahmen zu Klimaveränderungen auftreten,

denn diese Gegenmaßnahmen sind teuer und unbequem. Da wollen viele Politiker vorher genau wissen, wie die Folgen aussehen, wenn man alles beläßt und ob die vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam sind. Dazu gibt es aber keine Beweise, denn das Wetter unterliegt einer unübersichtlichen Zahl von Faktoren, von denen bisher nur wenige bekannt sind. Das macht es leicht, sich vor den Konsequenzen zu drücken und weiterhin hemmungslos CO_2 und andere Klimagifte aus Schornsteinen und Auspuffanlagen in die Umwelt zu blasen.

Das Buch hinterläßt aber auch manche offene Frage, denn viele Bereiche werden nur angedeutet und wer sich über eine allgemeine Einführung hinaus für das Thema interessiert, kann sich mit diesem Buch nicht zufrieden geben. Michael Nigler

Werner Rabe: Die Erde im Fieber- Die Folgen von Ozonloch und Treibhauseffekt
103 Seiten, 9.80 DM ISBN 3-88977-228-5



Inside the sun

2.504.397 Wähler haben keine Stimme

Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel

Ursprünglich sollte dieser Artikel schon vor der Bundestagswahl erscheinen, umso nötiger macht ihn jetzt das Wahlergebnis, sprich der Verlust von 2,5 Mio Stimmen, davon 1,8 Mio für die (West-)Grünen, die jetzt nicht im gesamtdeutschen Parlament vertreten sind.

Der eigentliche Anlaß, endlich mal über die Sperrklauseln nachzudenken, ist jedoch das Gerangel, das die Altparteien vor der Wahl dazu veranstalteten. Macht es uns nicht Angst, wenn eine Klausel, die die „Funktionsfähigkeit“ des Parlaments sichern soll, zum reinen Machterhalt mißbraucht wird? Zur Erinnerung: die Regierungskoalition versuchte nach langem Tauziehen eine Sperrklausel zusammen mit äußerst geschickten Listenverbindungen einzuführen, die nur eines zum Ziel hatten: wie kommt die DSU rein und wie bleibt die PDS gleichzeitig draußen, von wegen Stabilität und sichere Mehrheiten. Zum Glück wachte jedoch die Opposition auf und erzwang beim Bundesverfassungsgericht die Aufhebung jener „Konstruktion“. Diese Kapriolen sollten nachdenklich machen und uns anregen, die Fünfprozentklausel nicht als Granitblock unserer „Volksparteiendemokratie“ hinzunehmen.

35 Abgeordnete „falsch“ gewählt

Wenn in der Bundesrepublik eine Partei allseits verdächtig ist, dann die sogenannte Splitterpartei. Ohne den Sprung über die Fünfprozent-„Hürde“ schien lange Zeit keinerlei parteipolitische Existenz denkbar. Daß selbst Betroffene auf geradezu selbstzerstörerischer Art und Weise sich mit diesem Damoklesschwert einrichten, wie dies bei der F.D.P. zu beobachten war, läßt ahnen, welch staatstragende Übereinkunft hier herrscht. Aber ist es wirklich ein für alle Mal ausgemacht, daß bei jeder Bundestagswahl Mil-

lionen von Stimmen (am 2. Dezember waren es über 2,5 Millionen) unter den Tisch fallen müssen? Dabei ist die Rechnung ganz einfach. Bei 656 Abgeordneten und knapp 47 Millionen abgegebenen Stimmen reichen rund 70.000 Stimmen für einen Sitz. Das heißt, bei 2,5 Millionen verlorenen Stimmen, sind annähernd 35 Volksvertreter aus dem Parlament ausgesperrt. Gleichviel, ob diese Stimmen aus irgendeinem regionalen Schwerpunkt sich ergeben oder übers ganze Land verstreut sind: Warum sollte ein Wahlgesetzgeber dieses klare Votum von 70.000 Teilhabern der Volkssouveränität einfach annullieren dürfen?

Das Weimar-Argument

„Aber Bonn ist nicht Weimar“, wenden selbst jene ein, die mit Unbehagen an eine Sperrklausel denken, jedoch im Hinblick auf düstere geschichtliche Erfahrungen die Sache letzten Endes vernünftig geregelt glauben. Waren es nicht die unheilvolle „Parteienzersplitterung“ und die dadurch entstandene Mehrheits- und Regierungsunfähigkeit im Reichstag, die zur „legalen Machtergreifung“ der Nazis und damit zum Untergang der ersten demokratischen Republik führten? Führte nicht gerade die entschiedene Abkehr von jenen „Weimarer Verhältnissen“ zur relativen und weltweit bewunderten Stabilität des neuen demokratischen Gemeinwesens in der Bundesrepublik?

Bei näherem Betrachten entpuppt sich jedoch das Weimar-Argument, immer wieder angebracht durch seine vordergründige Plausibilität, als vordemokratische Ideologie, die in erster Linie von der deutschen Angst vorm Chaos lebt.

Die letzte Weimarer Koalition demokratischer Kräfte ist nicht an irgendeiner exotischen Polit-Sekte gescheitert, sondern am Austritt der SPD, die – gedrängt von ihrem

Gewerkschaftsflügel – keine weiteren Kompromisse beim Sozialabbau machen wollte. Danach begann mit der Notverordnungspraxis der Präsidialkabinette der Weg in die Diktatur. Und was die Nazi-Partei selbst betrifft, so war diese nicht deshalb gefährlich, weil sie eine kümmerliche 2,5-Prozent-Existenz fristete, sondern weil sie zu einer militanten, antidemokratischen Massenpartei wuchs, die seit 1930 Wahlergebnisse zwischen 18 und 43 Prozent erzielte.

Schließlich zur definiten Selbstentmachtung des Reichstages: Auch sie war keineswegs das Werk amoklaufender „Splitterparteien“, sondern das einer schändlichen Abstimmungscoalition aller bürgerlichen Parteien mit der NSDAP. Eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit übertrug der Regierung unter Reichskanzler Adolf Hitler die uneingeschränkte gesetzgebende Gewalt. Es war die SPD, die an diesem 23. März 1933 mit ihrem „Nein“ die verbliebene Ehre des deutschen Parlamentarismus rettete (die KPD-Fraktion sah sich vor diese historische Probe nicht gestellt – ihre 81 Abgeordneten waren, ebenso wie etliche Sozialdemokraten, bereits verhaftet oder in den Untergrund getrieben worden). So sah also in knappen Stichworten das Ende der Ersten Republik aus.

Es wird höchste Zeit, eine Hürde abzubauen, die sich längst zu einer solchen gegen „mehr Demokratie“ verfestigt hat. Läßt man das – hoffentlich entkräftete Weimar-Argument außer acht – was spricht noch für eine Fünfprozentklausel?

Wir leben in einer „pluralistischen Fassung des Einparteienstaates“

Um den Leser nicht zu ermüden, haben wir die verfassungsrechtlichen Aspekte in einem extra Artikel behandelt und wollen uns weiter mit der politischen Argumentation beschäftigen. Denn wie auch immer man die Rechtslage einschätzen mag: Sperrklauseln sind nicht nur hochproblematische Verletzungen der Wahl-

gleichheit, sie sind auch politisch schädlich. Die Tristesse des Bonner Parteienkartells, die jetzt offensichtlich auch auf Ostdeutschland übertragen wurde, hat einiges mit dem zu tun, was seit geraumer Zeit auch Parteien- und Staatsverdrossenheit genannt wird. Man kann indes nicht Legitimationsverlust der Altparteien beklagen und zugleich den Untergang der Demokratie an die Wand malen, sobald links oder rechts oder sonstwo neue Kräfte entstehen.



Wenn ein besonnener Mann wie Kurt Biedenkopf in seinen Zeitsignalen (1989) schon die Rede von der „pluralistischen Fassung des Einparteienstaates“ aufgreift, um das westdeutsche Parteiengefüge zu beklagen, ist es wirklich schlecht um dessen Zukunft bestellt. „Catch-all-Parties“, „Allerweltparteien“ – dieser politikwissenschaftliche Begriff Otto Kirchheimers charakterisiert treffend die Tendenz der großen bürokratischen Apparate,



die im Kampf um Wählerstimmen ihre programmatischen Differenzen immer mehr einbenen. Ja, die sogar dann und wann verzweifelt Unterschiede suchen müssen. Die Folge ist ein mäßig entfalteter Parlamentarismus ohne klar abgrenzbare Alternativen.

Konkurrenz belebt das Geschäft, auch in der Politik

Nichts aber belebt das politische Geschäft mehr als die Konkurrenz. Mit dem Verlust von Mandaten drohen Geld- und Machtzug. Gerade deshalb ist es außerordentlich wichtig, daß neugegründete Parteien und Bürgerbewegungen in die Parlamente gelangen, um dort aktuelle gesellschaftliche Strömungen und Tendenzen im politischen Kräftespiel zur Geltung zu bringen. Ein treffendes Beispiel hierfür ist die Umweltbewegung, die über den Einzug der GRÜNEN eine außerordentliche Anstrengung bei der SPD bewirkt hat. Denn würde die SPD heute wirklich von ökologisch-sozialer Marktwirtschaft oder ökologischem Umbau der Industriegesellschaft reden, wenn die GRÜNEN nicht in den Parlamenten säßen? Aber nur eine enorme Strömung wie die Umweltbewegung konnte bisher die fünf Prozent überwinden und hat jetzt sogar wieder einen Rückschlag erleiden müssen.

Gegen solche Durchlässigkeit ist indes der vielgepriesene Abschreckungseffekt der Sperrklauseln ausdrücklich gerichtet. Sie erweisen sich damit als Schutzklauseln für die etablierten Parteien, auf daß diese sich möglichst lange ungestört im Reservat ihrer Phantasielosigkeit einrichten können. Ist schon jede Sperrklausel als solche fragwürdig, so wird sie vollends zum Skandal, wenn sie so hoch liegt wie in der Bundesrepublik. Ganze fünf Prozent, das ist eine Spitzenleistung im Vergleich europäischer Demokratien und Ausdruck deutschen Ordnungssinns.

Splitterparteien sind das Salz in der Suppe des heutigen Parteienspektrums

Man mag das hierzulande nicht: „Parteiengewimmel“, „Splittergruppen“, wechselnde Mehrheiten, den gegenläufigen parlamentarischen Diskurs, den schwer auszuhandelnden

Kompromiß – der hin und wieder für eine Überraschung taugt und eben nicht in der starren Fraktionsdisziplin der Parteiapparate entsteht.

Hinter dieser Abwehr verbirgt sich nichts weniger als die tiefsitzende Abneigung gegen Parteigungen überhaupt, die stets im Verdacht standen, die „Volksgemeinschaft“, die Einheit der Nation zu spalten und handlungsunfähig zu machen. Man sorgt sich unentwegt und weitab jeglicher realer Gefahr um die Kontinuität der Herrschaft. Je schneller aber eine Gesellschaft ihre sozialen und politischen Widersprüche ungefiltert in ihren Willensbildungsprozeß einfließen läßt, umso fähiger wird sie sich bei der Bearbeitung von Konflikten



erweisen. Von daher ist die Verhältniswahl, deren Prinzip ja darauf abzielt, alle gesellschaftlichen Kräfte im Parlament möglichst authentisch abzubilden, auch der Mehrheitswahl klar überlegen. (Diskussion dazu siehe nachfolgender Artikel)

Das farblose (west-)deutsche Parteienspektrum ist mit interessanten Neugründungen wahrlich nicht gesegnet. Umso abwegiger ist das gedankenlose Gerede gegen „Splitterparteien“. Das hiesige politische Bewußtsein hat noch keine Ahnung davon, daß solche Splitter gerade das ausmachen, was man als Salz in der Suppe des heutigen Parteiengefüges bezeichnen könnte.

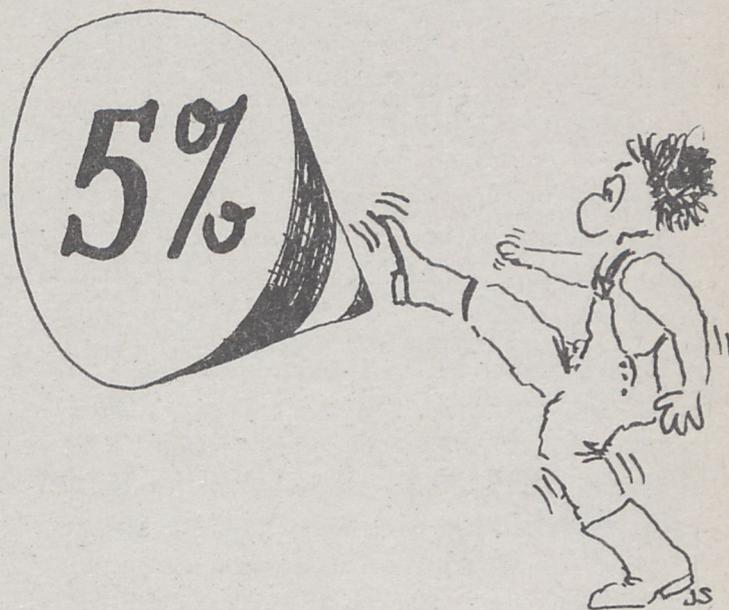
(mz)

Ein Plädoyer gegen die Fünfprozentklausel: Verfassungsrechtliche Aspekte

In diesem Beitrag wollen wir zusätzlich zur politische Argumentation (siehe vorangegangenen Artikel) auch die damit stark verknüpfte rechtliche Seite zur Sprache bringen. Die Fünfprozentklausel gehörte von Anfang an zur politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik. Schon im Wahlgesetz zum ersten Deutschen Bundestag, das damals noch vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitet wurde, war sie enthalten. Allerdings mit der wesentlichen Modifikation, daß das Überspringen der Hürde schon in einem Bundesland ausreichte. Diese für Bundestagswahlen nicht unbedeutende Einschränkung wurde jedoch bald fallengelassen. So wurde diese Klausel zum unhinterfragten Bestandteil des politischen Bewußtseins. Erst dem wahlstrategischen Kalkül der etablierten Bonner Parteien haben wir es zu verdanken, daß diese Klausel ins Gerede gekommen ist (leider ohne eine entscheidende Veränderung zu bewirken – bis jetzt!).

Das Grundgesetz schreibt keine Sperrklausel vor

Dieter Grimm, der SPD zugerechneter Verfassungsrichter, plädierte in einem Interview mit der „tageszeitung“ vom 6.7.90 für eine „begrenzte Auflockerung des Wahlrechts“, etwa durch eine Senkung der Sperre auf drei Prozent. Wobei er betonte, das Grundgesetz gebiete keine Fünfprozentklausel, sondern erlaube sie lediglich. Dies ist insofern richtig, als daß das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung (wie es im Juristenjargon heißt) die Sperrklausel der bundesdeutschen Wahlgesetze gerechtfertigt hat. In seinen Entscheidungen findet sich vor allem das Argument der „Funktionsfähigkeit“ des Parlaments und die Stabilität der aus seiner Mitte heraus zu wählenden Regierung.



Doch erlaubt deshalb das Grundgesetz irgenwelche Sperrklauseln? Es ist richtig: die Verfassung ist praktisch das, was das Verfassungsgericht letztinstanzlich hineininterpretiert. Freilich bleibt auch das gesamtdeutsche Gericht eine menschliche und damit irrtumsfähige Einrichtung.

Sehen wir uns die Rechtsprechung der Karlsruher Verfassungshüter ein wenig näher an. Das Gericht hatte sich erstmals 1952 mit der Frage der Zulässigkeit von Sperrklauseln auseinanderzusetzen. Es entschied, daß eine gegen den Südschleswigen Wählerverband die politische Organisation der dänischen Minderheit, gerichtete 7,5 Prozentklausel verfassungswidrig sei. Der Landesgesetzgeber, so die Auffassung der Richter, hätte das Quorum nicht über fünf Prozent setzen dürfen. In der Urteilsbegründung gab es eine bemerkenswerte Lektion in Sachen Wahlrecht und Gleichheitsprinzip.

Das Grundgesetz schreibt im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung nicht das Verhältniswahlrecht vor, sondern lediglich, daß die Wahlen, „allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim“ sein müssen, so Art.38, Abs.1.

Dem Gesetzgeber steht es daher frei die Zusammensetzung der Parlamente nach dem Prinzip der Mehrheitswahl oder dem der Verhältniswahl durch die Bürger bestimmen zu lassen.

Bei der *Mehrheitswahl* erringt derjenige Kandidat den Parlamentssitz seines Wahlkreises, der die relativ meisten Wählerstimmen auf sich vereinigen kann. Dieses k.o.-Prinzip führt regelmäßig zur Entstehung zweier großer Parteiblöcke. Kleinere Parteien bleiben auf der Strecke. Es sei denn sie sind regional so stark, daß es ihnen gelingt in dem einen oder anderen Wahlkreis die großen Parteien zu übertrumpfen.

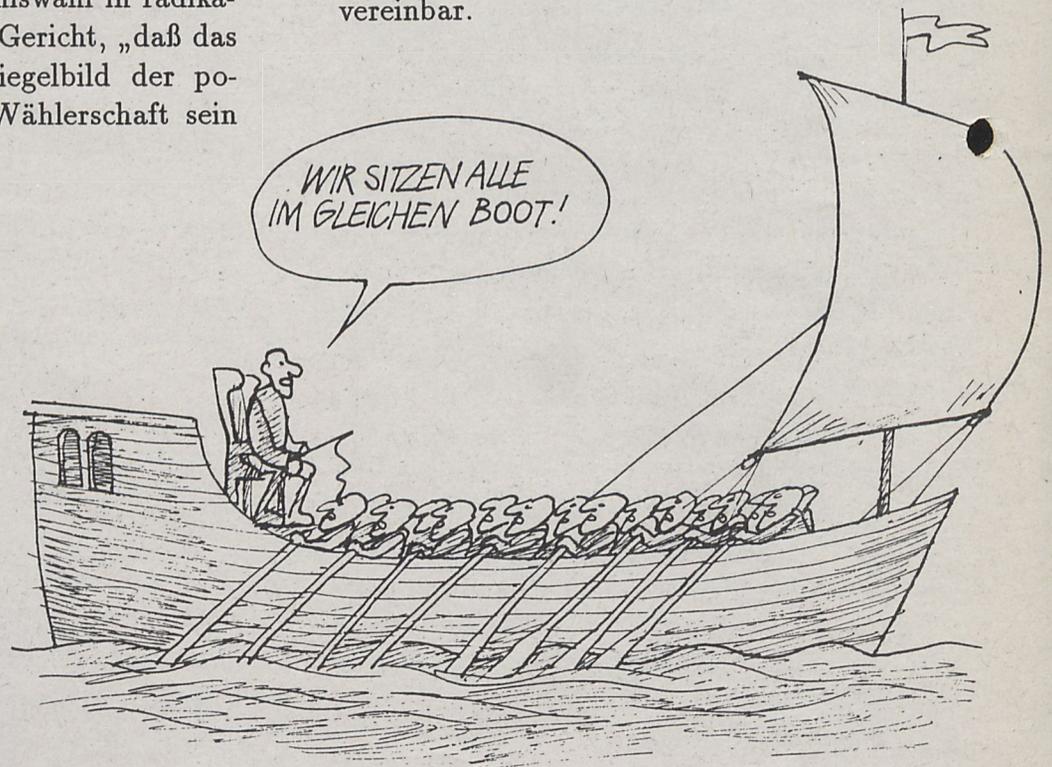
Verhältniswahl: Fraktions- und Parteistärke sollen proportional übereinstimmen

Bei der *Verhältniswahl* dagegen sollen alle Parteien entsprechend ihrer politischen Stärke auch im Parlament vertreten sein. In diesem System, für das Kandidatenlisten charakteristisch sind, stimmt der Wähler nicht mehr für einen einzelnen Kandidaten, sondern ausdrücklich für eine politische Richtung. „Das Ziel der Verhältniswahl in radikaler Ausprägung ist“, so das Gericht, „daß das Parlament ein getreues Spiegelbild der politischen Gruppierung der Wählerschaft sein soll“.

Hat der Gesetzgeber sich für die Verhältniswahl entschieden, so muß er auch die Gleichheitsgrundsätze beachten.

Durch die Verhältniswahl werde also nicht nur bezweckt, daß die Fraktions- mit der Parteistärke proportional übereinstimmt, sondern insbesondere werde den kleineren Parteien, überhaupt den politischen Minderheiten, eine ihrer Stärke und Bedeutung entsprechende Vertretung im Parlament gesichert.

Es ist offenkundig, daß sich die Frage der Zulässigkeit von Sperrklauseln, die sich verfassungsrechtlich auf die Frage nach der Wahlgleichheit zuspitzt, jeweils im Hinblick auf das Wahlsystem beurteilt werden muß. Mit anderen Worten: Mit der Entscheidung für ein bestimmtes Wahlrechtssystem nimmt der Gesetzgeber eine wichtige Weichenstellung vor, aus der sich jeweils spezifische Anforderungen für die Wahlgleichheit ergeben. Für das Verhältniswahlrecht heißt dies, daß die Sitzverteilung im Parlament nach einem streng formalen Proporz vorgenommen werden muß. Damit ist jede Ungleichbehandlung der Stimmen für kleine Parteien vom Prinzip her unvereinbar.



Dem kann auch nicht entgegengehalten werden, daß eine noch so hohe Sperrklausel im Gegensatz zum Mehrheitswahlrecht das kleinere Übel sei. Im Urteil des Verfassungsgerichts von 1952 heißt es nämlich treffend: „Ein Gesetzgeber, der sich für dieses System entscheidet..., akzeptiert damit diese Gerechtigkeitsforderung und stellt sein Gesetz unter dieses Maß.“ D.h. nach der Entscheidung für das Verhältniswahlrecht muß der Gesetzgeber die Wahlgleichheit, die vom Grundgesetz vorgeschrieben wird, auch garantieren: praktisch bedeutet dies, daß „alle Wähler ... mit der Stimme, die sie abgeben, den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben“, wie das Gericht betonte. Das Prinzip der Proportionalität findet nur dort seine Grenze, wo die Mindeststimmenanzahl, die für ein Mandat erforderlich ist, nicht erreicht wird.

So überzeugend diese Argumentation aus der Anfangszeit des Verfassungsgerichts ist, umso mehr wurde sie später bei Bestätigung der Sperrklauseln verdrängt. In den nachfolgenden Entscheidungen aus Karlsruhe bleibt es bei rhetorischen Verbeugungen vor der grundsätzlich formalen Gleichheit einer jeden Bürgerstimme.

Fünfprozenthürde, um „Störungen der Funktionsfähigkeit“ des Parlaments zu vermeiden?

Wie aber konnten bereits in dem Urteil 1952, trotz der hier betonten Herausstellung des Gleichheitsgrundsatzes, Sperrklauseln überhaupt gerechtfertigt werden? Das entscheidene Stichwort heißt hier „besondere, zwingende Gründe“. „Zwingend“ in diesem Sinne erscheint es dem Gericht, „Störungen der Funktionsfähigkeit“ des Parlaments zu verhindern. Wann aber funktioniert ein Parlament? Anscheinend wenn es ohne größere Reibungsverluste arbeitet, d.h. weniger ausschweifend

diskutiert als vielmehr ordentlich seine Hausaufgaben macht. Mit der Verhältniswahl soll nicht nur das gesellschaftliche Meinungsspektrum abgebildet werden, sondern auch – als höherer Zweck der Wahlen – ein arbeits- und mehrheitsfähiges Parlament garantiert werden. Weshalb auch schon mal auf die eine oder andere Außenseitermeinung verzichtet werden kann.

Mit einer „übermäßigen Parteienzersplitterung“ sah das Gericht von Anbeginn eine „staatspolitische Gefahr für die Demokratie“ heraufdämmern. Eine Gefahr, für die es in der parlamentarischen Bundesrepublik bislang zwar keinerlei Anhaltspunkte gab, die dafür aber umso hypothetischer beschworen werden mußte: So könnte ja nicht nur die Mehrheitsbildung erschwert oder gar verhindert werden; es könnten auch kleine Gruppen ins Parlament gelangen, die „nur einseitige Interessen vertreten“ (wobei letzteres wohl nicht einem Gebot der Verfassung entspricht).

Wieso eigentlich gerade fünf Prozent?

Zum Schluß sei hier noch die Höhe der Sperrklausel in Frage gestellt. Wieso eigentlich fünf und nicht drei oder acht oder zwölf Prozent? Seit 1952 hat man sich in Karlsruhe auf fünf Prozent – im Prinzip – festgelegt. Eindeutig ist diese, bis auf einige Ausreißer bis zur Zehn-Prozent-Marke, gemeindeutsche Fünfprozentklausel aus der gesetzgeberischen Praxis heraus entstanden.

Es fragt sich, mit welcher Höhe der Sperrklausel nun eigentlich Handlungs- und Funktionsfreiheit, klare und verantwortungsvolle Mehrheiten, Integration und Gesamtwohl garantiert werden können. Zu bezweifeln ist dies allemal. Somit ist es nicht verwunderlich, daß eine solche Klausel, die eklatant die kleinen Parteien diskriminiert, kein Bestandteil des Grundgesetzes ist.

StuPa - mal wieder turbulent

Nachdem die letzten StuPa-Sitzungen sehr harmonisch verlaufen waren, kam es diesmal ganz anders: um 23.00 zogen die Jusos (fast) komplett aus dem StuPa und machten die Sitzung beschlußunfähig. Wie konnte es dazu kommen?

Zu diesem Zeitpunkt war das Parlament mit der Neuwahl eines (von zwei) Studentenwerksvertreter befaßt. Da mehrere Parlamentarier gerade gehen wollten, wurde der Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung gestellt, um zumindest diesen Tagesordnungspunkt erfolgreich abzuschließen. Die Befragung der beiden Kandidaten von LSD und RCDS schien zwar beendet, aber die Juso-Fraktion fühlte sich trotzdem überfahren. In einer Affekthandlung verließen sie die Sitzung, ohne daß ein neuer Vertreter gewählt werden konnte. Da der zweite Vertreter (Juso) auf der Dezember-Sitzung des Studentenwerksvorstandes nicht anwesend sein konnte, mußte sie ohne studentische Beteiligung stattfinden. Inzwischen haben sich die Gemüter aber schon wieder beruhigt, diese Folgen hatte wohl doch niemand gewollt.

Durch das abrupte Ende der StuPa-Sitzung kamen leider auch so wichtige Themen, wie der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses und der Haushalt 1991 nicht mehr zur Sprache. Es ist nun fraglich, ob der Haushalt 1991 noch im Wintersemester verabschiedet werden kann. Nachdem bislang nur diejenigen TOPs erwähnt wurden, die nicht erfolgreich behandelt werden konnten, fragt Ihr Euch sicher: "Was hat das StuPa denn überhaupt an diesem Abend gemacht?"

Die Antwort ist einfach: die Satzung! Vor allem über zwei Dinge der Satzung wurde lange diskutiert: die Anzahl der Parlamentsmitglieder und die Aufgaben des AStA. Die übrigen Änderungen, die der Hochschulreferent Frank

Schorfheide (LSD) an der Satzung vorgenommen hatte stießen auf keinen Widerspruch. Die Überarbeitung der Satzung war deswegen notwendig, weil sie in den 70er Jahren von der Darmstädter Studentenschaft zwar angenommen, aber immer noch nicht vom Wissenschaftsministerium genehmigt worden war. Dieses verlangt die Streichung folgenden Satzes: "[Zu den Aufgaben der Studentenschaft] gehört auch die Förderung eines wissenschaftlich fundierten, kritischen Verständnisses der Studenten von ihrer jetzigen und zukünftigen Tätigkeit und der Rolle von Wissenschaft und Technik in der Gesellschaft." Die Ministerialbeamten sehen darin eine unzulässige Ausweitung der gesetzlich festgelegten Aufgaben. Im Hessischen Hochschulgesetz (HUG) gehört nämlich zu den Aufgaben "die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten."

Nächste
Lay-Out-Sitzung des
HochDrucks
am Donnerstag, den 17.1.91
um 18 Uhr im AStA

Abgesehen vom RCDS sehen alle StuPa-Gruppen in der Darmstädter Satzung keine Überschreitung des HUG. Da unsere Satzung wegen dieses Satzes seit 15 Jahren nicht genehmigt wird, schlug der Hochschulreferent ein taktisches geschickteres Vorgehen vor: die Satzung sollte ohne den umstrittenen Satz eingereicht werden und würde dann problemlos verabschiedet. Der gestrichene Teil könnte dann als Satzungsänderung separat diskutiert werden, ohne daß dadurch die gesamte Satzung blockiert wird.

Dieser Vorschlag fand jedoch in den Reihen von Jusos, GAFFA, ÖDS

und RÖDÖ keinen Zuspruch und wurde abgelehnt. Es bleibt abzuwarten, ob die endlose Geschichte der Satzung in den nächsten 15 Jahren zu ihrem Abschluß kommt.

Strittig war außerdem die Anzahl der Parlamentsmitglieder. Vom RCDS kam der Vorschlag einer Reduzierung von 40 auf 25 Sitze, um die Beschlußfähigkeit des StuPa zu erhöhen. Die StuPa-Mehrheit sah darin jedoch die "heimliche" Einführung einer 4%-Sperrklausel, da kleine Gruppen dann mehr Stimmen benötigen, um einen einzelnen Sitz zu erhalten. Einigkeit bestand lediglich in der Einführung einer ungeraden Zahl, um Pattsituationen

wie z.B. 1986, zu vermeiden. Die Mehrheit stimmte einer Verringerung auf 39 Sitze zu.

Diese ausführliche Darstellung der Sitzungsdiskussion wird der Bedeutung dieses Themas in der letzten StuPa-Sitzung gerecht. Ansonsten gab es nur noch den Bericht des AStA. Abschließend noch eine traurige Nachricht: Das StuPa mußte den Rücktritt des langjährigen Sozial-Referenten Klaus Jordan (Jusos) entgegennehmen, der den Rest des Studiums selten in Darmstadt sein wird. Vielen Dank, Klaus, für Dein Engagement und alles Gute!

(v1)

Und hier eine äußerst wichtige Information des Wahlausschusses:

HOCHSCHULWAHLEN

Auch der Wahlausschuß möchte nochmals auf die Hochschulwahlen vom **21. - 24. Januar** hinweisen. Es werden gewählt:

Kollegialorgane:	20 studentische Vertreter für den Konvent
	82 studentische Vertreter für die Fachbereichsräte
Studentische Selbstverwaltung:	40 Mandate im Studentenparlament
	100 Mandate in den Fachschaftsräten

Alle Studierenden sind aufgerufen, ihr aktives Wahlrecht auszuüben. Dies ist auch für *beurlaubte* Studierende möglich, sofern sie bis 3 Wochen vor Wahlbeginn beim Wahlamt einen Antrag auf Übernahme in das Wählerverzeichnis gestellt haben.

Sollte jemand aus wichtigem Grunde im Wahlzeitraum verhindert sein, besteht vorab die Möglichkeit der Briefwahl.

Zur Wahl ist vorzulegen: Wahlbenachrichtigung oder
Personalausweis oder
Reisepaß

Andere Ausweise können nicht anerkannt werden.

Die Wahllokale befinden sich im Audimax und in der Mensa Lichtwiese. Das für die Stimmabgabe zuständige Wahllokal ist auf der Wahlbenachrichtigung vermerkt.

Für weitere Informationen, besonders über die zur Wahl anstehenden Listen und Kandidaten, sei auf die noch erscheinende Wahlzeitung verwiesen.

Für den Wahlausschuß

Uwe Koppelkamm

Die HochDruck-Redaktion hat auch noch ein überparteiliches Anliegen an Euch. Die Detailinformation zur Wahl stehen ja oben. Wir meinen nur noch:

GEHT WÄHLEN!!

Einstieg in die Vollwerternährung

Auf den folgenden Seiten sind Informationen über vollwertige Ernährung und die Erfahrungen des Autors mit seiner eigenen Umstellung auf Vollwertkost zusammengefaßt für die Leserinnen und Leser, an denen die Argumente der letzten Ausgabe für

eine vernünftigeren Ernährung nicht spurlos vorbeigegangen sind, und für alle anderen, die bei ihren Konsumgewohnheiten neue Wege beschreiten wollen.

Der Beitrag wendet sich nicht an Leute mit Hobbykoch-Ambitionen, sondern an Studentinnen und Studenten, die mittags meistens in die Mensa essen gehen und sich gelegentlich ein Fertiggericht aufwärmen. Er soll zeigen,

DEFINITION DER VOLLWERTERNÄHRUNG

Vollwert-Ernährung ist eine ökologisch und sozialverträglich orientierte Ernährungsweise, bei der gesundheitlich wertvolle Lebensmittel schmackhaft zubereitet werden.

Die Vollwert-Ernährung bevorzugt **pflanzliche Lebensmittel** und **Milchprodukte**, verbietet jedoch nicht einen geringen Anteil an Fleisch und Fisch. Alle Bestandteile der Nahrung sollten **so wenig wie möglich verarbeitet** sein und **schonend zubereitet** werden. Es wird empfohlen, die Hälfte der Nahrungsmenge als unerhitzte Rohkost zu verzehren. **Lebensmittelzusatzstoffe** sollten vermieden werden.

Zusätzlich zu den gesundheitlichen Aspekten werden auch die **Umwelt- und Sozialverträglichkeit** des gesamten Ernährungssystems in die Betrachtungen und Empfehlungen gleichrangig einbezogen. Das bedeutet insbesondere, Erzeugnisse aus anerkannt **kontrolliert-ökologischer Landwirtschaft** zu bevorzugen, den Einsatz **umweltverträglicher Technologien und Verpackungsmethoden** zu fördern, den **Futtermittelimport aus Entwicklungsländern** zu vermindern sowie eine weltweit gerechte Ernährungs- und Agrarpolitik anzustreben.



daß die Umstellung bei etwas gutem Willen nicht besonders schwer und auch nicht zu teuer ist. Der Schwerpunkt liegt auf den neuen Ernährungs- und Einkaufsgewohnheiten; die Hintergrundinformationen sind möglichst knapp gehalten und können bei Interesse in den Broschüren der Quellenangabe (erhältlich bei der Verbraucherzentrale) ausführlicher nachgelesen werden.

Getreide

Getreide ist sehr nährstoffreich: Eiweiß, wertvolle pflanzliche Fette, Ballaststoffe, Vitamine, Mineralstoffe sind im vollen Korn enthalten. Leider werden bei der industriellen Verarbeitung viele wichtige Inhaltsstoffe abgetrennt, vor allem Dingen die Ballast- und die Mineralstoffe, damit sich das Mehl länger hält und schön weiß zum Kauf lockt. Um diese wichtigen Stoffe unvermindert zu erhalten, sollte man beim Kauf von Getreideprodukten darauf achten, daß sie aus Vollkornmehl hergestellt sind. Getreide eignet sich außerdem wegen seines hohen Gehalts an hochwertigem Eiweiß hervorragend als Fleischersatz.

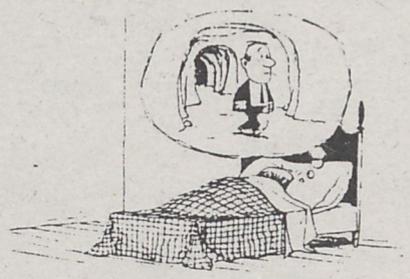
Die Umstellung ist einfach, nicht zu kostspielig und sollte allmählich vollzogen werden, um die Geschmacksnerven nicht zu sehr zu strapazieren:

- **Vollkornbrot** statt Misch- oder Weißbrot kaufen. Gleiches gilt für Kaffeestückchen, Kuchen und anderes Gebäck; allerdings fällt die Umstellung dabei weniger leicht als beim Brot.
- Für die im Single-Haushalt so häufig gekochten Nudel- und Reisgerichte **Vollkornnudeln** und **Naturreis** benutzen. Nach kurzer Eingewöhnungszeit möchte man auf die würzigen und vielseitigen Vollkornprodukte nicht mehr verzichten. Für Pfannkuchen, Suppen und Soßen Vollkornmehl statt Auszugsmehl verwenden.
- Mehr Engagement erfordert die Umstellung beim Frühstück: Brot, Butter und Marmelade wird durch ein selbstgemahlenes **Frischkornmüsli mit Früchten** der Saison ersetzt.

Dieser Schritt bedeutet vor allem ein Zeit- und Organisationsproblem, denn das Mehl ist schon am Vorabend einzuweichen und morgens wollen dann die Früchte hineingeschnippelt werden. Ist die Zeit knapp, kann ein **Körnermüsli-Gemisch** in Milch zum Brot gegessen werden, um den Bedarf an unerhitztem Getreide zu decken.

- Diejenigen, die ihre Konsequenzen aus dem Mensa-Essen gezogen haben und mittags selber kochen, haben schließlich noch die Möglichkeit, **Fleisch-Hauptgerichte durch warme Getreidespeisen zu ersetzen**.

Beim Einkauf von Getreide und Getreideerzeugnisse daran denken, daß der ökologisch-kontrollierte Anbau gesündere und umweltverträglichere Produkte anbieten kann als die konventionelle Landwirtschaft, und das zu nicht viel höheren Preisen. Solche Waren werden in Naturkostläden und Reformhäusern angeboten, wobei man besonders in letzteren auf die Warenzeichen der Bio-Organisationen (genauer in der nächsten Ausgabe) achten sollte.



Obst und Gemüse

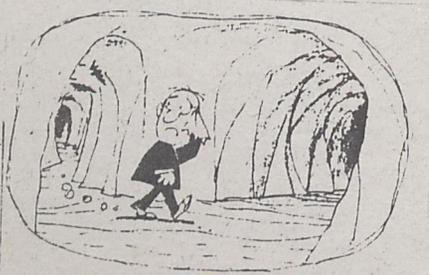
Die meisten Obst- und Gemüsearten enthalten wegen des hohen Wassergehaltes wenig Energie, dafür aber große Mengen an Vitaminen, Mineralstoffen und Ballaststoffen. Gemüse ist dem Obst im Hinblick auf den Vitamin- und Mineralstoffgehalt überlegen. Kartoffeln und Hülsenfrüchte enthalten zusätzlich noch hochwertiges Eiweiß, das in Kombination mit Milch oder Ei meist wertvoller ist als das Fleischeiweiß.

Bei einer vollwertigen Ernährung soll der Rohkostanteil bei etwa 50% liegen. Um diesen Anteil zu erreichen, sollten gerade Mensagäste bei anderen Mahlzeiten viel Rohkost zu sich nehmen:

- Obst zum Frühstück in Form von Müsli mit Früchten.
- Salat zum Abendessen.
- Viel Obst und Nüsse zwischen den Mahlzeiten.

Sehr wichtig bei Obst und Gemüse sind die Einkaufsgewohnheiten:

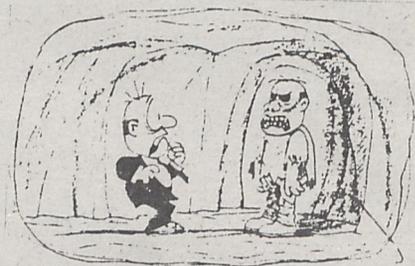
- **Obst und Gemüse nach Saison kaufen.** Außerhalb der Erntezeit angebotene Produkte sind entweder gelagert, aus großen Entfernungen herantransportiert oder es handelt sich um Treibhausware. Gelagerte Waren schmecken nicht so gut, für den Transport werden die Früchte oft halbreif geerntet, und Treibhausanbau sorgt für höheren Nitratgehalt der Lebensmittel.



- **Auf exotische Früchte möglichst verzichten,** da diese in jedem Fall einen weiten Transportweg hinter sich haben.
- **Nicht nach Größe und Schönheit kaufen.** Besonders große und makellose Produkte müssen verstärkt mit Pflanzenbehandlungs- und Düngemitteln behandelt werden.
- **Auf Konserven verzichten.** Dosenobst und -gemüse haben einen geringeren Vitamingehalt als frische Produkte, außerdem werden häufig Konservierungsmittel zugefügt. Der Kauf von Lebensmittelkonserven ist verantwortungslos angesichts des immer schneller wachsenden Müllbergs.

Bei Gemüse und Obst empfiehlt sich der direkte **Einkauf vom Erzeuger auf dem Markt**, doch auch da ist Vorsicht geboten: Gerade im Winter vergrößern viele Stände ihr Angebot durch Treibhaus-Gemüse vom Großmarkt.

Wie immer am besten, aber auch etwas teurer, sind Produkte aus ökologischem Anbau. Diese Stände bieten eine gute Übersicht über das Saisonangebot, da alle Waren aus eigenem Anbau stammen.



Milch und Milchprodukte

Milch und daraus hergestellte Produkte enthalten eine breite Palette unentbehrlicher Nährstoffe: hochwertiges Eiweiß, wichtige Mineralstoffe und Vitamine. Wegen ihres hohen Eiweiß-Gehalts haben Milchprodukte eine besondere Bedeutung für die fleischarmere Vollwert-Ernährung.

Für die Konsumgewohnheiten bei Milchprodukten sind keine großen Umstellungen nötig. Um den verringerten Fleischanteil zu kompensieren, sollte Milch in ausreichender Menge verzehrt werden:

- Durch **Verzicht auf Wurst und Schinken** zum Abendbrot kann man den Fleischkonsum erheblich senken. **Käse** bietet sich als gleichwertiger Ersatz an.
- Ansonsten sollte **pro Tag etwa ein halber Liter Milch** oder Milchprodukte wie Joghurt und Kefir auf dem Speiseplan stehen.

Auch beim Einkauf sind nur wenige Punkte zu beachten:

- Durch Erhitzen wird die Milch nicht nur haltbarer, sondern auch der Vitamingehalt verringert. Die unbehandelte Roh- oder Vorzugsmilch hat den höchsten Vitamingehalt, danach folgt die pasteurisierte Milch; ultrahoherhitzte H-Milch und Milchpulver schneiden um einiges schlechter ab. Als Mittelweg zwischen Vitamingehalt und Haltbarkeit empfiehlt sich für den Ein-Personen-Haushalt die **pasteurisierte Milch**.
- Durch Entrahmen von Milch wird nicht nur der Fettgehalt verringert, sondern auch der Gehalt an fettlöslichen Vitaminen. Deshalb: **Vollmilch verwenden** und bei anderen Milchprodukten ebenfalls **auf hohen Fettgehalt achten**.

Gerade bei Milch aus konventioneller Produktion ist eine hohe

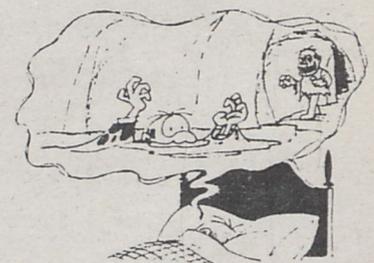
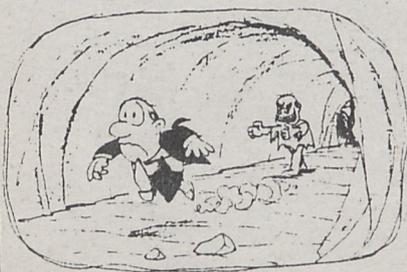
Schadstoffbelastung zu verzeichnen, die aus der Fütterung der Kühe mit belasteten Nährstoffen herrührt. Naturkostläden bieten auch Milchprodukte aus ökologischer Herstellung an, die allerdings noch etwa das Doppelte kosten.

Fleisch

Fleisch, Fisch und Eier werden in der Vollwert-Ernährung nicht ausdrücklich empfohlen, ein mäßiger Verzehr allerdings auch nicht abgelehnt. Vor allen Dingen aus Gründen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit ist der Konsum von Fleisch und Fisch auf ein Minimum zu reduzieren, was ernährungsphysiologisch kein Problem darstellt. Bei der Beurteilung tierischer Lebensmittel werden Eiweißgehalt und Eiweißqualität häufig überbewertet, denn für eine ausreichende Eiweißversorgung sind Fleisch und Fleischprodukte nicht unbedingt erforderlich. Durch die Kombination verschiedener pflanzlicher eiweißreicher Lebensmittel und durch Milchprodukte ist eine ausreichende Versorgung des Körpers mit den lebenswichtigen Eiweißbausteinen sichergestellt.

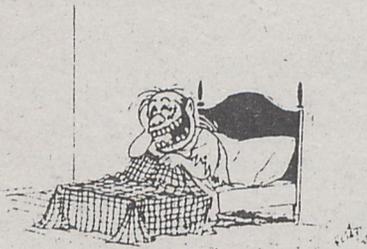
Süßungsmittel

Der Körper benötigt den Zucker als Energiespender für Gehirn- und Muskelarbeit. Dabei sind wir aber nicht auf den reinen Zucker angewiesen, denn viele Lebensmittel haben einen natürlichen Zuckergehalt, der zur Bedarfsdeckung völlig ausreicht.



Die Vollwerternährung verzichtet auf isolierten Zucker und empfiehlt stattdessen:

- **Speisen und Getränke möglichst wenig süßen.** Mit etwas gutem Willen kann der Geschmack auf weniger Süßes umgestellt werden.
- **Keine Süßigkeiten aus isoliertem Zucker essen.** Als kleiner Imbiß zwischendurch eignen sich **Nüsse** oder **getrocknete Früchte**.
- **Im Notfall Honig als alternatives Süßungsmittel** benutzen.



Quellen: Vollwert-Ernährung, eine Dar- und Klarstellung von C. Leitzmann, K. von Koerber (Uni Gießen)
Sonderdruck des AID Verbraucherdienstes

Vollwert-Ernährung, gesund und umweltschonend essen
Verbraucher-Zentrale

Getränke

Der tägliche Flüssigkeitsbedarf beträgt durchschnittlich 2 bis 2,5 Liter, wobei etwa 1 Liter durch Wasser in den Lebensmitteln gedeckt wird. Der Rest muß getrunken werden, möglichst in Form von nicht-energieliefernden Getränken wie Mineralwasser, Früchte- oder Kräutertees. Kaffee und schwarzer Tee, alkoholische Getränke mit niedrigem Alkoholgehalt in Maßen und verdünnte Fruchtsäfte sind auch als empfehlenswert eingestuft. Gegen die sogenannten Erfrischungsgetränke wie Limonaden, Cola oder Instant-Getränke spricht der hohe Zuckergehalt und die meist sehr aufwendige Verpackung.

(uf)

Blutspenden - Selbstverständlichkeit?

Leider noch nicht bei allen Menschen. Deshalb ist es auch nicht selbstverständlich, daß immer genug Blutkonserven in den Krankenhäusern zur Verfügung stehen!

Viele Menschen haben noch immer nicht die Notwendigkeit dieser gegenseitigen Hilfe erkannt. Wenn auch die Unentschlossenen sich einen kleinen Ruck geben würden, könnte die Blutversorgung der Krankenhäuser auf Dauer gesichert sein.

Man könnte es sich wirklich einmal überlegen, ob man noch abseits stehen oder doch einmal bei einer Blutspendeaktion mitmachen sollte. Man spürt so gut wie nichts, aber man hat das stolze Gefühl, anderen Menschen geholfen zu haben.

Blutspendeaktion des DRK am

**Dienstag, den 29. Januar 1991 von 10 bis 15 Uhr
vor der Mensa - Stadtmitte**

Die Wohnmisere

Seit Jahren müssen Studenten sich nun durch den brutalen darmstädter Wohnungsmarkt kämpfen. Überteuerte Mieten, lange tägliche Anfahrtswege, winzige Zimmer, diskriminierende Vermieter sind einige Aspekte dieser Misere. Dabei liegt die Lösung auf der Hand, es müssen zu den bestehenden 2000 Studentenwohnheimplätzen mindestens weitere 2000 realisiert werden. Dies wäre die schnellste und billigste Methode den Markt zu entkrampfen und käme so jedem darmstädter Mieter zugute. Doch viel zu lange wurden die notwendigen Schritte unterlassen, der staatliche Wohnheimbau erst auf Druck der streikenden Studenten (halbherzig) wieder aufgenommen. Doch immernoch geschah nichts.

Vor einem Jahr bildete sich schließlich eine Arbeitsgruppe der Hochschule, des Studentenwerkes und der Stadt, die einige Wohnheimprojekte initiierte. April dieses Jahres wurden dann elf neue Bauprojekte angekündigt, die insgesamt 1100 neue Plätze bringen sollten. 9 Monate später aber liebt sich die Zwischenbilanz aber nicht mehr so optimistisch. Effektiv befinden sich heute nur 2 Projekte mit 150 Plätzen im Bau. Stellplatzprobleme und behördlicher Schlendrian, Denkmalschutz und Naturschutz, endstirnige Bürokraten und eifrige Städteplaner, und zuvorderst ungenügende Rahmenbedingungen aus Wiesbaden und Bonn verzögern oder verhindern die restlichen Projekte. Bis wir mit 600 zusätzlichen Wohneinheiten rechnen können, werden noch mindestens 5 Semester ins Land gehen. Bis die Lage sich entspannt hat, werden die meisten von uns ihr Diplom schon haben.

Eine Alternative aus Holz

fand aber das Kölner Studentenwerk. Mit aus Norwegen eingeführten Fertigbauelementen wurde ein Wohnheim mit 100 Plätzen aus Holzhäusern realisiert. Die Vorteile dieser Bauweise sind beachtlich:

1. unproblematische Finanzierung

Die Wohneinheit konnte für 40000 DM realisiert werden.

(Eine konventionelle Wohneinheit kostet bis zu 80000 DM in Darmstadt.) Das Hessische Wissenschaftsministerium gewährt mittlerweile Zuschüsse bis zu 45000 DM.

2. kurze Errichtungsdauer

Nach Anlieferung des Materials und Genehmigung des Bau, war das Heim in 3 Monaten aufgebaut.

3. beliebte Wohnform

Die Kölner WG's ähneln in Konzeption und Größe denen des Karlshofs. Sowohl Studenten als auch Studentenwerk sind sehr zufrieden.

4. variable Gestaltungsmöglichkeit

Wie die Wohnungen geschnitten sind, kann der Bauherr aufgrund des modularen Konzeptes flexibel entscheiden.

5. variable Planung

Was sich schnell aufbauen ließ, läßt sich auch unkompliziert wieder abbauen. Zwar haben die Häuser eine Lebensdauer von 30 Jahren, sollte man aber nach 10-15 Jahren den Baugrund anderweitig brauchen, hätte man keine großen Probleme.

Die Kölner gingen ihr Projekt Dezember

1989 an und konnten Oktober 1990 die ersten Studenten einziehen lassen. Der Erfolg war so überzeugend, daß nun 200 weitere Wohneinheiten angegangen werden.

Alles hat einen Haken

So auch Holzbauten. Die Brandschutzbestimmungen erlaubten nur eine 2 stöckige Bauweise und erzwangen Stromheizungen in den Häusern. Während sich meines Erachtens bestimmt ein ökologisch vertretbares Heizverfahren finden läßt, bedeuten niedrige Bauten einen großen Platzbedarf. Baugrund ist aber ein Hauptproblem in Darmstadt.

Baugrund: selten, aber beschaffbar

So stünde in Kranichstein ein großes Areal für den Wohnheimbau zur Verfügung. Bisher hat man davon Abstand genommen dort zu bauen, da Studenten nahe der Uni wohnen sollten. Doch in unserer Notlage wärs wohl nicht die schlechteste Alternative (man könnte ja die Wohnung mit einer HEAG-Karte koppeln, oder?).

Doch wozu in der Ferne schweifen? Auf der Lichtwiese befinden sich noch ein paar für Wohnheime geeignete Flächen (straffiert in Bild 2). Diese Gebiete waren ursprünglich für Erweiterungen der TH gedacht, und wer meint, solch kostbares Gelände sollte mehrstöckig bebaut werden, dem sei gesagt, daß man auch auf Betonbasis schnell und preiswert bauen kann. Zudem bessert sich die Perspektive erheblich, wenn man die Kleingartenanlage mit in die Überlegungen einbezieht.

Kleingärten = Wohnraum?

Die Pachtverträge der Kleingärten sind seit Jahren gekündigt, trotzdem beharren die Kleingärtner, unterstützt von der Stadt Darmstadt, darauf, dort zu bleiben. Mit etwas gutem Willen müßte sich aber eine zufriedenstellende Lösung herbeiführen lassen. So könnte die Stadt als Baugrund ungeeignete Flächen für neue Anlagen zur Verfügung stellen, und die TH, wie schon einmal geschehen, die entstehenden Verluste großzügig entschädigen. In einer Zeit, in der die Schlachthofbesetzer gegen Kündigung und Räumung ankämpfen müssen, dürfte ein Umzug kein zu großes Opfer bedeuten.

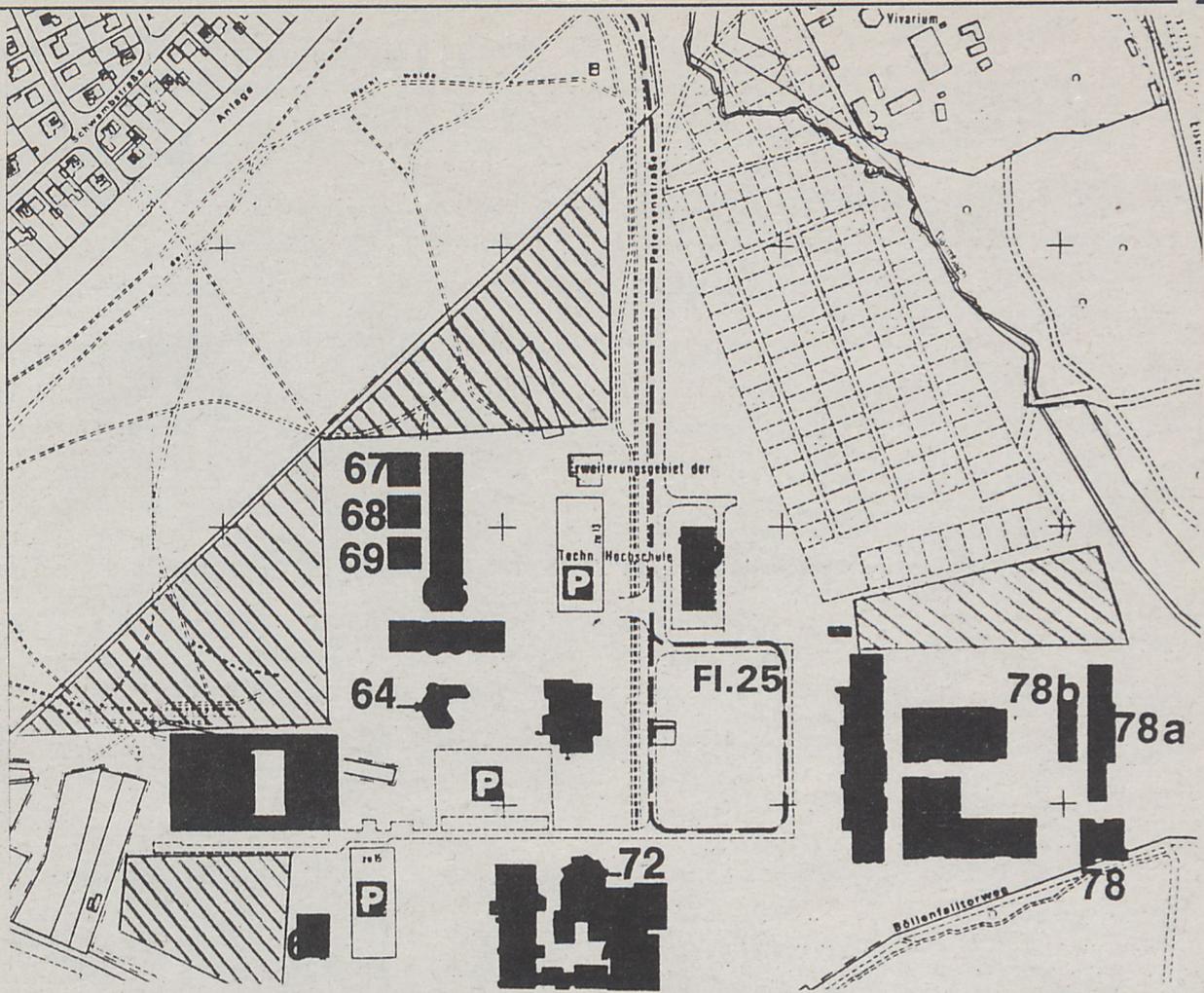


Ausweg aus der Wohnungsnot? Aus norwegischen Blockhütten besteht das DSW-Wohnheim in Efferen/Köln

Die Zukunft

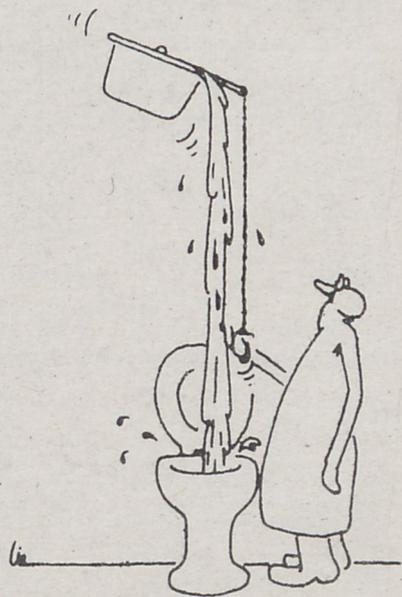
Man sieht, es ergeben sich noch einige Perspektiven für ein weiteres Handeln gegen die Wohnraumknappheit. Übergroßer Optimismus wäre aber verfrüht, die Lage wird noch lange schlimm bleiben.

Rolf Langsdorf



Zweites bundesweites Treffen studentischer Projekte

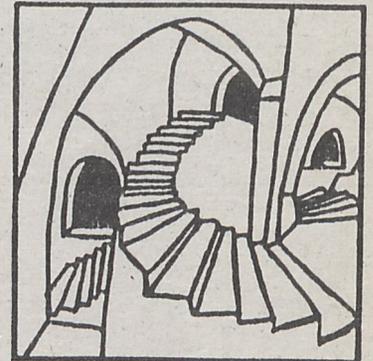
Vom 7.-9. 12. 1990 fand in Konstanz das zweite bundesweite Symposium studentischer Gruppen aus Bochum, Bremen, Gießen, Kassel, Kiel, Koblenz, Konstanz und Oldenburg vertreten. Neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch wurden Perspektiven studentischer Projekte besprochen. In vier Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen "Verhältnis zu Institutionen", "Innere Strukturen", "Lernform", "Inhalt" sowie "Perspektiven studentischer Arbeit" wurden trotz der Verschiedenheit der Projekte in Form und Inhalt zahlreiche Angriffspunkte gefunden. Ein weiterer Schwerpunkt des Symposiums war die Vernetzung. Dabei wurden in weiteren Arbeitsgruppen Ideen zu den Bereichen Informationsfluß und Erfahrungsaustausch zwischen den Projekten, finanzielle Zusammenarbeit sowie Kongreßthemen und Arbeitsweisen erarbeitet. Eine ausführliche Dokumentation wird es in den nächsten Wochen erstellt. Weitere Informationen über das Symposium und die Teilnehmer sind beim TAT erhältlich.



studentInnen keller im schloß

- FR 4. JAN DÖRNER/KLEWITZ QUINTETT jazz 5,-
Die fünf Musiker spielen ausschließlich Eigenkompositionen, die sich an der Hard-bop-Tradition der sechziger Jahre und europäischen sowie amerikanischen Strömungen der 70er und 80er Jahre orientieren.
- SA 5. JAN ELEPHANT CASTLE elefantöse musik 5,-
"Die Musik der drei Brüder ist die pure Verdinglichung der Schwere eines Elefanten. Um dieses enorme Gewicht tragen zu können, sind die Beine von säulenartig massivem bau, so daß der Elefant weder galoppieren, noch springen kann."
- DI 8. JAN DISCO 2,-
- MI 9. JAN APFELBOCK brecht 5,-
Apfelböck ist Kabarett nach B. Brecht. Karl-Heinz Heil singt und spricht Lieder und Texte von Brecht und wird von Michael Schmidt-Salomon auf dem Klavier begleitet. Brecht wird auf unterhaltsame Art vermittelt, das Publikum wird zum Nachdenken angeregt, Brecht ohne den oft üblichen politischen Zeigefinger.
- DO 10. JAN NICHTRAUCHER-DISCO 2,-
- FR 11. JAN SUSU BILIBI west african music 8,-
Die westafrikanische Formation aus Togo spielt traditionelle Rhythmen gemischt mit modernem Funk, Reggae und Wave. High power für alle Tanzwütigen und Afro-Funk Fans. Besonderen Wert legen die Musiker von Susu Bilibi, die ihre Stücke selbst komponieren auf die Percussionsteile in ihrer Show.
- SA 12. JAN DIGGER BARNES blues 5,-
Mal heavy, mal schwarz und immer wieder spürt man den Blues, den Digger Barnes zeitgerecht mit gediegenem Groove präsentiert.
- DI 15. JAN DISCO 2,-
- MI 16. JAN ULI GROTHOFF solo-kabarett 5,-
mit seinem Programm "Kennen wir uns nicht?". Uli Grothoff's Spezialität ist der hintergründige, selbstironische Humor, der auch vor gerne verdrängtem nicht haltmacht. Menschliche Schwächen werden entdeckt und der Lächerlichkeit und der Nachdenklichkeit preisgegeben.
- DO 17. JAN BIERABEND (mit über 50 Sorten Bier)
Eintritt frei
- FR 18. JAN AZANA african beat 7,-
sorgt für volle Tanzflächen. Afrikanisch geprägte Melodien die ihre Wurzeln in der Juju - Musik aus Nigeria und der Makossa-Musik aus Kamerun finden.
- SA 19. JAN BLUE YARO blues 5,-
spielen Blues der 60er und 70er Jahre, neben bearbeiteten Standards auch viele eigene Titel. Traditionelle Vorlagen gemischt mit modernster Spielart sorgen für einen eigenständigen Sound.
- MO 21. JAN FB2 FACHSCHAFTSFETE
- DI 22. JAN DISCO 2,-
- MI 23. JAN MARTIN SOMMERHOF "Ich bin so frei" 5,-

JANUAR 91



Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien Darmstadt. Unterstützt von:
 AStA Frauenreferate FH und TH, Stiftung „Die Mitarbeit“
 Veranstaltungsreihe: „Die Gene sind es nicht“

17.01.91, 20 Uhr „Gentechnologie in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion“
 Schloß, Saal 36 Referentin: Paula Bradisch

Aus der TAT-Vortragsreihe „Technik für Menschen“

16.1.91, 17.00 Uhr Gesprächskreis Umwelt:
 Raum 11/50 (AStA) „Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen?“
 Matthias Altenheim, THD

IANUS (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft Technik und Sicherheitspolitik)

10.1.91,
 9.30 - 19.00 Uhr IANUS-WORKSHOP: „Technik(folgen)forschung“
 Gäste aus Forschung und Wissenschaft. Anmeldung erbeten (Tel.163016)
 ORT. Georg-Christoph-Lichtenberg-Haus, Dieburgerstr.241, DA

24.1.91, 10.30 Uhr IANUS-KOLLOQUIUM: „Zivil/Militärische Ambivalenz der Informationstechnologien“
 (Ort noch offen) Gast: Michael Dohmke (GMD)

Ringvorlesung „Luft und Klima“ aus der Reihe „Einführung in die Umweltwissenschaften“

20.12.90, 18.10 Uhr „Luftschadstoffe und ihre Wahrnehmung in der Geschichte“
 Raum 47/053 E. Schramm, Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt

10.1.91, 18.10 Uhr „Kommunale Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas“
 Raum 47/053 Dr. U.Reuter, Amt für Umweltschutz Stuttgart

17.1.90, 18.10 Uhr „Auto, Umwelt, Gesellschaft“
 Raum 47/053 Prof. M.Teschner, Fb 2

Ringvorlesung: „ Die Europäischen Gemeinschaften - Struktur, Politik,
 rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen“

7.1.91, 18 Uhr „Sozialpolitische Perspektiven im Binnenmarkt“
 Schloß, Saal 36 Dr. W.Tegtmeier, Staatssekretär im Bundesministerium
 für Arbeit und Sozialforschung

14.1.91, 18 Uhr „Die Europäisierung der Währungspolitik“
 Schloß, Saal 36 Prof. C.Köhler, Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank

21.1.91, 18 Uhr „DDR - Vom Comecon zur EG“
 Schloß, Saal 36 Prof. R.Hofmann, TH Leipzig

SEL-Stiftungsprofessur WS 90/91 und SS91: Prof.Dr. Ina Wagner
 Institut für Informatik, TU Wien. „Kultur und Technik“

14.1.90 - 18.1.90 „FUZZY SETS“ - Die symbolische Ordnung von Organisation
 im Raum 11/52 Die Vorlesungen finden montags und mittwochs statt, die
 Seminare dienstags und donnerstags (jeweils um 16.15 Uhr)

AStA-Öffnungszeiten:	
Stadtmitte Gebäude 11, Raum 50:	Mo-Fr 9.30 - 13 Uhr
Mensa Lichtwiese	Mo-Fr 10.30 - 12.30 Uhr jetzt im „Glaskasten“
Hochschulreferat	Mo 12-13 Uhr im AStA
AStA-Sitzung	Mo 16 Uhr im AStA
ZIT-„Sprechstunden“ (Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung)	Mo 12-13 Uhr, Di 15-16 Uhr, Do 11-12 Uhr, Fr 9-10 Uhr, Zugang über Raum 11/52
TAT-Umweltberatung	Di 11-13 Uhr, Mensa LiWi, Raum 60
Sozialreferat-Sprechstunde	Mi 10-11.30 Uhr im AStA
AStA BAFöG- und Sozial-Beratung	Di 14-17 Uhr im AStA-Büro LiWi
Fachschaften-Plenum	Mi 18 Uhr (am 19.12) im AStA
Frauenreferat	Mi 19.30 Uhr im AStA
TAT (Treff angepaßte Technologie)	Mi 19.30 Uhr im AStA
Fachschaftenreferat	Do 11.30-12.20 im AStA
HochDruck-Redaktionssitzung	Do 18 Uhr im AStA
Redaktionssitzung des übergriffs	Do 18.30 Uhr im AStA
BUND-Jugendgruppe	Do 19 Uhr Lautenschlägerstr.24
AusländerInnen-Ausschußsitzung	Fr 13 Uhr im AStA
AStA-Rechtsberatung	nach Vereinbarung
Hochschulgruppen:	
Juso-Hochschulgruppe	Di 19 Uhr im Juso-Keller (Geb.11)
LSD (Liberale Studenten Darmstadt)	Di 19 Uhr im „Barfög“ (ehem. Karlshofkneipe)
ÖDS (Ökologisch-Demokratische Studenten/innen)	Mo 19 Uhr im AStA

Der AStA der TH veranstaltet eine
Podiumsdiskussion zur StuPa - Wahl

WANN? Am Donnerstag, den 17. Januar 1991
um 16.30 Uhr

WO? Im Köhlersaal (Altes Hauptgeb. 2.Stock)

WARUM ? ...

mit VertreterInnen der zur Wahl antretenden Gruppierungen:

FACHWERK
INTERNATIONALE LISTE
UNABHÄNGIGE UND JUSOS
UDS
LSD
RCDS & UNABHÄNGIGE